

# Breslauer Zeitung.



# Zeitung.

Wertjähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Subscriptionsgebühr für den Raum einer freiherrlichen Zelle im Postkantire 2 Sgr.

Erschließt: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 578. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 10. December 1873.

## Deutschland.

Berlin, 9. December. Das Befinden Sr. Majestät des Kaisers und Königs ist heute im Ganzen beriedigend. (Reichsanzeiger)

## O. C. Landtags-Verhandlungen.

15. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 9. December). 11 Uhr. Am Ministerial Graf zu Eulenburg, Achenbach, Fall mit mehreren Commisarien.

Vom Minister des Innern ist die vom Abg. Birchom dringend gewünschte Überprüfung der Ausgaben und Einnahmen der provinziell- und kommunalstaatlichen Verbände von 1869, sowie ihres Vermögens- und Schuldenstandes an das Haus gelangt; ferner vom Handelsminister die Übersicht über den Fortgang des Baues und die Ergebnisse des Betriebes der Staats-Eisenbahnen pro 1872. Endlich wird folgendes vom 8. December dairies Schreiben des Vice-Praesidenten des Staatsministeriums verlesen: „Ich erlaube mir unter dem Anhörenstellen der gefallenen Mittheilung an das Haus der Abgeordneten anzugeben, daß des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Ordre vom heutigen Tage den Staatsminister Grafen v. Königsmarck unter gleichzeitiger Ernennung zum Geheimer Rath und unter Verleihung des Titels „Excellenz“ von der Leitung des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten zu entbinden und den Minister für Handel und Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Staatsminister Dr. Achenbach, einstweilen mit der Oberleitung des landwirthschaftlichen Ministeriums beauftragten geruht haben.“

gez. Camphausen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Prüfung der Wahl der Abg. Staatsminister Delbrück und Kette im ersten Kösliner Wahlbezirk, der die Kreise Lauenburg, Stolp und Stolp umfaßt. Der erste erhielt 272 von 537 Stimmen, der zweite 265 von 521 Stimmen, also 3, reip. 4 Stimmen über die absolute Majorität. In Folge von Unregelmäßigkeiten bei den Urwahlen hat die Wahlmännerversammlung die Wahl von 14 Wahlmännern kassiert; anserdem haben 26 Wahlmänner Protest gegen die Wahl erhoben, weil der Regierungspräsident v. Kampf einen Druck auf die Abstimmung ausgeübt und im Hause des Gutsbesitzers nach Tisch beim Kaffee und bei der Cigarre „in offiziellem Tone“ die Wiedermahl des zur Disposition gestellten Landrats v. Gottberg als eine regierungssfeindliche Demonstration und eine Kriegserklärung gegen die Staatsregierung bezeichnet habe, die dem Kreise zum Nachteil ausgeschlagen werde, wenn er Begünstigungen und Zuwendungen für Eisenbahn- und Chausseebauten nachfinden sollte. Herr v. Kampf habe Herrn von Gottberg in Stolp direkt aufgeführt und ihn zum Aufgeben seiner Candidatur aus denselben Gründen zu bewegen sich bemüht. In Bezug auf die Wiedermahl des Herrn von Denzin soll sich Herr v. K. im Blantensee-Hause in gleicher Weise geküßt haben. Herr v. K. hat nun die letzte, Herrn von Denzin betreffende Neuverfügung überhaupt befrünt, da er dessen Wiedermahl stets gewünscht habe. Mit Herrn von Gottberg habe er allerdings ein Gespräch in dem angeführten Sinne gehabt, das jedoch durchaus den Charakter eines Privatgesprächs getragen; ebenso sei seine Neuverfügung im Hause des Herrn v. B. durchaus vertraulicher Natur und frei von jeder wahlagitatorischen Tendenz gewesen.

Der Antrag der Abtheilung geht nun dahin: 1) die Wahl der Herren Staatsminister Delbrück und Mittergutsbesitzer Kette zu beanstanden; 2) die Acten der königlichen Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, über die im Briefe des Herren Bergel-Crampe und Genossen, in der Erklärung des Regierungspräsidenten v. Kampf in Köslin und in der Gingabe der Herren Arnold-Zirchow und Genossen in Stolp angeführten Thatfachen gerichtliche Vernehmung zu veranlassen: a. der Protesterheber darüber, welche Thatfachen außer dem Aufsehen des Regierungspräsidenten v. Kampf im Hause des Herrn v. Blantensee zu Hebron-Dannus und bei dem Landrat v. D. v. Gottberg zu Stolp vorliegen, die eine unzulässige Wahlbeeinflussung seitens der königlichen Regierung in Köslin und namentlich seitens des Regierungspräsidenten v. Kampf statuierten würden, sowie darüber, wann und in welcher Weise sie von jenen beiden Vorgängen in Hebron-Dannus und Stolp Kenntnis erhalten haben; b. der im Protest genannten Zeugen und zwar (zeugenbildlich) über den dafelbst erwähnten Vorgang im Hause des Herrn v. Blantensee zu Hebron-Dannus und bei dem Landrat v. D. v. Gottberg zu Stolp vorliegen, die eine unzulässige Wahlbeeinflussung seitens der Regierungspräsidenten v. Kampf; c. der Unterzeichner der Gingabe vom 18. November v. Arnold-Zirchow und Genossen (ebenfalls zeugenbildlich) über die in dieser Gingabe behaupteten Thatfachen, namentlich aber darüber, wann und in welcher Gegenwart Herr v. Gottberg die Erklärung abgegeben hat, in Folge deren seine Candidatur seitens des Comit's für regierungsfreundliche Wahlen fallen gelassen wurde — und die Vernehmungen dem Hause mitzuheilen.

Die Abg. Hammacher und Wachler (Breslau) beantragen, die Wahlen zu beanstanden und die Staatsregierung aufzufordern, durch zeugeneidliche Vernehmung der in dem Proteste genannten Zeugen den dafelbst erzählten Vorgang, durch zeugeneidliche Vernehmung des Landrats v. D. v. Gottberg die behaupteten Neuverfügungen des Regierungspräsidenten Herrn v. Kampf, und endlich durch zeugeneidliche Vernehmung der Protesterheber den Zeitpunkt den Bekanntwerdens der Neuverfügungen des Präsidenten v. Kampf im Hause des Herrn v. Blantensee und gegenüber Herrn v. Gottberg festzustellen.

Dagegen beantragt Abgeordneter Diedemann mit den Mitgliedern der konserватiven Fraktion, die Wahlen des Herrn Delbrück und Kette für ungültig zu erklären.

Abg. Haken: Es handelt sich, wie man auch aus den ungeheuerlichen Überreibungen des Protestes ersehen kann, um ein vertrauliches Privatgespräch, vielleicht nach einem guten Diner bei Kaffee und Cigarre, welches die Parteigenossen des Herrn v. Kampf mit einem unverständlichen Laut in die Deßenlichkeit gezeigt haben. Formell sind aber die Thatfachen so unfaßbar hingestellt, daß die Abtheilung selbst noch eine Befolgsfestigung des Materials gewünscht hat. Das Haus kann sich nicht darauf einlassen, man gelobte Angaben vervollständigen zu lassen, sonst könnte es consequent zu Wahlprüfungen ins Unenliche genüßbraucht werden. Wer soll denn befreit sein? Die Protesterheber selbst nicht; auch die, an welche die Neuverfügung gerichtet war, nicht; die Beeinflussten müßten also erst gesucht werden und man hätte dabei in das Gebiet unbedenklicher Möglichkeiten und Zufallscheinlichkeiten. Redner empfiehlt deshalb den Antrag des Abgeordneten Diedemann.

Abg. Hammacher: Ich kann zunächst meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß die Rieke der Kreuzzeitungspartei sich jetzt veranlaßt sehen, den Schutz der Regierung gegen eine regierungsfreundliche Partei nachzufliehen. (Hört! Hört!) Wir begegnen in dem Herrn v. Gottberg und Genossen dem bestigten Widerspruch, der sich in dem staatsmännischen Gedanken zurechtfand: Nur die von der Autorität geleitete Freiheit hat überhaupt ein Recht im öffentlichen Leben zu existiren. In dem vorliegenden Protest erkenne ich immerhin einen Fortschritt und ich möchte mich dem gegenüber dankbar erweisen, indem ich den vorliegenden Fall genauer zu untersuchen beantrage. Wenn die bezeichnete Neuverfügung in dem Wahlkreise verbreitet worden ist, dann erkenne ich darin eine gefährliche Wahlbeeinflussung. Der Abtheilungsantrag verlangt aber, daß Beweise erbracht werden soll nicht blos über Thatfachen, sondern auch über allerhand mögliche Dinge und Thatfachen, die etwa vorgekommen sein möchten. Das halte ich für unablässig und verlangt deshalb nur eine objektive Wahlprüfung zur Vermeidung des Rückfallen in ehemalige Wahlzettel.

Abg. Diedemann: Aus dem Berichte der Abtheilung geht hervor, daß die Wahlen für gültig erklärt werden müssen. Die Beschwerde stützt sich auf drei Punkte. Sie behauptet, die Wahlen seien seitens der Regierung in Köslin beeinflusst, ferner habe der Regierungspräsident v. Kampf Herrn v. Gottberg zum Rücktritt von seiner Candidatur zu bewegen gesucht und endlich durch die angeführte Neuverfügung die Wahlen entschieden beeinflusst. Was den ersten Punkt betrifft, so wird sich das Haus, da er ganz unbegründet ausgesprochen ist, darum eben so wenig kümmern, als um den Protest des Herrn von Thokarz. Dann habe ich wohl schon etwas von der Beeinflussung der Wähler und Wahlmänner gehört, aber noch nie etwas von der Beeinflussung des Wahlkandidaten, die man vielleicht bei jeder Wahl nachweisen könnte, wenn man Lust hätte. Es kommt also darauf an, wie die Neuverfügung des Herrn v. Kampf aufzufassen ist. Wäre die Neuverfügung in einer öffentlichen Versammlung, ja nur in einem öffentlichen Locale geschehen, so

könnte man darin eine Beeinflussung sehen; aber es ist eine Neuverfügung im vertrauten Freundekreise gelegentlich einer Conversation über die bevorstehenden Wahlen. Von einem offiziellen Tone kann in dieser Situation wohl kaum die Rede sein. Die Neuverfügung kann nur von den Geschäftsvorführern selbst colportiert und bekannt gemacht sein, weil sie einen so großen Einfluß davon nicht erwarten. Deshalb halte ich eine zeugeneidliche Untersuchung über Thatfachen, die nicht einmal genau feststehen, für unzulässig und beantrage die Gültigkeitserklärung der Wahlen.

Abg. Berger: Als der Abg. Windhorst seinen diesjährigen Winterfeldzug eröffnete, wies er mit Befriedigung auf die Erfüllung seiner Prophetezung hin, daß das Ministerium Roos eine kurze Dauer haben werde. Das ist kein großes Erstaunen hervor; jedenfalls aber hätte es ein großes Erstaunen erregt, wenn er das Verhüten seiner treuen Alliierten, der Altkonservativen gewissagt hätte, wenn er prophezeit hätte, daß die feste Burg dieser Partei, der Kreis Stolp-Lauenburg-Bütow genommen und — horribiliter dictu — die beiden Führer, die Thürme in ihrer Schlachtreihe, nicht wieder in diesem Hause hätte erscheinen würden. Interessanter wird das Ereignis dadurch, daß dies Resultat durch Beeinflussung der Regierung zu Stande gekommen sein soll. Die Partei, welche bis an die letzten 12 Monate von der Regierung unterstützt wurde, soll durch die Beeinflussung der Regierung verschwunden sein. Wir Liberalen waren ein ganzes Vierteljahrhundert bei jeder Wahl von der Regierung gehegt wie die Hosen auf freiem Felde, die Minister als Fahrbücher und Gendarmen die Crisen hinter uns. Als wir 1862 über die Wahlbeeinflussung uns beschwerten, sagte der damalige Abgeordnete für Scheibello: Darüber darf eine Beschwerde nicht statfinden, sondern es ist böhmer dictu — die beiden Führer, die Thürme in ihrer Schlachtreihe, nicht wieder in diesem Hause hätte erscheinen würden.

Abg. Berger: Ich erlaube mir unter dem Anhörenstellen der gefallenen Mittheilung an das Haus der Abgeordneten anzugeben, daß des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Ordre vom heutigen Tage den Staatsminister Grafen v. Königsmarck unter gleichzeitiger Ernennung zum Geheimer Rath und unter Verleihung des Titels „Excellenz“ von der Leitung des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten zu entbinden und den Minister für Handel und Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Staatsminister Dr. Achenbach, einstweilen mit der Oberleitung des landwirthschaftlichen Ministeriums beauftragten geruht haben.“

gez. Camphausen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Prüfung der Wahl der Abg. Staatsminister Delbrück und Kette im ersten Kösliner Wahlbezirk, der die Kreise Lauenburg, Stolp und Stolp umfaßt. Der erste erhielt 272 von 537 Stimmen, der zweite 265 von 521 Stimmen, also 3, reip. 4 Stimmen über die absolute Majorität. In Folge von Unregelmäßigkeiten bei den Urwahlen hat die Wahlmännerversammlung die Wahl von 14 Wahlmännern kassiert; anserdem haben 26 Wahlmänner Protest gegen die Wahl erhoben, weil der Regierungspräsident v. Kampf einen Druck auf die Abstimmung ausgeübt und im Hause des Gutsbesitzers nach Tisch beim Kaffee und bei der Cigarre „in offiziellem Tone“ die Wiedermahl des zur Disposition gestellten Landrats v. Gottberg als eine regierungssfeindliche Demonstration und eine Kriegserklärung gegen die Staatsregierung bezeichnet habe, die dem Kreise zum Nachteil ausgeschlagen werde, wenn er Begünstigungen und Zuwendungen für Eisenbahn- und Chausseebauten nachfinden sollte. Herr v. Kampf habe Herrn von Gottberg in Stolp direkt aufgeführt und ihn zum Aufgeben seiner Candidatur aus denselben Gründen zu bewegen sich bemüht. In Bezug auf die Wiedermahl des Herrn von Denzin soll sich Herr v. K. im Blantensee-Hause in gleicher Weise geküßt haben. Herr v. K. hat nun die letzte, Herrn von Denzin betreffende Neuverfügung überhaupt befrünt, da er dessen Wiedermahl stets gewünscht habe. Mit Herrn von Gottberg habe er allerdings ein Gespräch in dem angeführten Sinne gehabt, das jedoch durchaus den Charakter eines Privatgesprächs getragen; ebenso sei seine Neuverfügung im Hause des Herrn v. B. durchaus vertraulicher Natur und frei von jeder wahlagitatorischen Tendenz gewesen.

Nach Herrn von Gerlach und Stahl waren die Herren von Gottberg und von Denzin die Führer; aber auch jetzt wurde auf die Klagen der Liberalen, selbst bei den schreinenden Rechtsverlebungen nicht gehörte. Herr v. Denzin wird Gelegenheit haben, fern von Madrid darüber nachdenken zu können, ebenso wie die englischen Bischöfe unter Jacob II. Diese hatten beim Regierungsauftritt Carols II., eines Anhängers der anglikanischen Kirche, das Dogma aufgestellt, daß jeder anglikanische Christ dem Könige unbedingten Gehorsam zu leisten habe. Als aber der römisch-katholische Jacob II. auf den Thron kam und sie ihrer Pfänden veraubte, murkten sie und wurden in den Toren eingesperrt. Da dachten sie über das Dogma nach und sagten: Der unbedingte Gehorsam sei Pflicht für jeden anglikanischen Christen, aber nur gegen einen König, der der anglikanischen Kirche angehöre. Die Herren von Denzin und v. Gottberg halten an ihrem Prinzip vielleicht noch fest, aber mit der Voraussetzung, daß es sich niemals gegen die conservativen Partei, sondern nur gegen die Liberalen und Demokraten wendet. (Heiterkeit.) Was nun der Gegenstand selbst betrifft, so bitte ich zu bemerken, daß die Worte nirgend bezeugt wurden sind. Die Worte sollen im engsten Freundeskreise geaprochen worden sein, sie haben aber Publicität erlangt. Es ist ein Unterschied, ob solche Worte von materiell unabhängigen oder abhängigen Männern geaprochen werden; Erste werden in ihrer Ansicht nur bestärkt; Letzte haben die Maßregelungen aus der Conſtitutio noch nicht vergefegt. Solche Worte verbreiten sich lanuariartig, denn der gemeine Mann macht keinen Unterschied zwischen dem Privatmann Herrn v. Kampf und dem Regierungspräsidenten. Worte so hoch gestellter Personen, auch wenn sie im Privatgespräch fallen und nicht von Bedeutung sind, haben dennoch große Wirkung.

Ich will nur ein Beispiel aufführen. Ein Prinz nahm eine Parade ab und äußerte zuletzt, er wäre ganz zufrieden; wenn er etwas zu tadeln hätte, so hätte das und das Bataillon eine Schwanzung gezeigt. Der betreffende Bataillonschef aber sagte zu seinen Soldaten, der Prinz habe von dem Bataillon geäußert, er habe noch nie eine so verlobte Bande gesehen. Die Sachen waren nun so bedenklich nicht, wenn Herr v. Kampf nicht eine so bedenkliche Vergangenheit hätte. Ich provocire auf die Wahlacten und behaupte, daß Herr v. Kampf in allen Amtserien einer der ehrgeizigen Wahlbeeinflusser und Wahlagitatoren in Preußen war. (Heiterkeit.) Man kann sich also in ihm, wie die Kriminalisten sagen, der That verziehen. In Hinterzimmern aber überhaupt noch eigentlich politische Auseinandersetzungen. Im Kreise Rummelsburg-Schläwe beobachtigten zwei Alt-Conservative als Candidaten aufzutreten. Plötzlich heißt es, der Fürst wünsche eine solche Candidatur nicht und sofort gibt der eine der Candidaten dieselbe auf; der andere aber erst, nachdem der Landratsamtsverwalter ein Circular an Schulen u. s. w. hat ergehen lassen, daß der Fürst die Candidatur nicht wünsche. Ich weiß nun überhaupt nicht, von welchem Fürsten die Rede ist. (Heiterkeit.) Aber Sie sehen, welchen Einfluß Neuverfügungen aus dem Munde hochgestellter Personen haben. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Abtheilungsantrages, denn es fehlt uns die genügende Information, die uns auch die Protesturen in den ersten Tagen nach der Wahl nicht geben können, weil dazu Zeit gehabt. Ueberdies ist aber das Haus schon älter über das im Protest gegebene Material hinausgegangen und hat erst dadurch das genügend Licht erhalten.

Der Minister des Innern. Auf die amüsante Rede des Vorredners wäre es verloßend, eben so amüsant zu antworten; aber ich will nur einen ernsten Punkt herausgreifen. Er stellt jede Neuverfügung eines höher gestellten Beamten in der Zeit der Wahlen als gefährlich und wie einen kleinen Schneeballen dar, der zur Lawine werden kann. Meine Herren, wollen Sie wirklich die Consequenzen daraus ziehen, die daraus gezogen werden können? Wollen Sie wirklich in der Zeit der Wahlen der Erregung der ganzen Bevölkerung und der allgemeinen Spannung im Lande, den Beamten und Wissenschaftler ebenso wie die anderen hinzutun? Das ist unmöglich. Ich weiß während dieser ganzen Zeit sich schwierig verbaleiden sollen? Das glaube ich nicht. Zwischen Wahlbeeinflussung und Neuverfügungen darüber, welche Ansicht die Regierung über eine einzelne Wahl und die Interessen des Landes habe, ist ein weitgehender Unterschied. Sind die ersten verboten, so werden wir zu Neuverfügungen der zweiten Art nicht berechtigt, sondern vielleicht sogar verpflichtet sein. (Hört!) Nun machen Sie dem Präsidenten vom Kampf einen Vorwurf daraus, daß er in einer Gesellschaft Neuverfügungen gehabt, die im Stande gewesen wären, die Wählerlichkeit zu beeinflussen. Hatte er Neuverfügungen der Art gehabt, wie: „falls die und die gewählt werden, kann sich der Kreis dessen verziehen, daß die Regierung den materiellen Interessen desjenigen entgegenwirkt oder nicht in dem Maße fördert, wie sie es sonst thun würde“, so würde in dieser Neuverfügung ein Fehler liegen der Regierung und vor allen Dingen Ihnen gegenüber; aber dem Vorredner gegenüber, welches Sie über die Gültigkeit der Wahl fallen wollen, doch nur dann, wenn die Neuverfügung wirklich im Stande wäre, eine Beeinflussung der Wähler herbeizuführen.

Nun aber frage ich: ist es denkbar, daß Männer, welche die Gesellschaft bildeten, in welcher Herr v. Kampf diese Neuverfügungen gehabt hat, sich dadurch beeinflussen lassen können? Ich halte das für ganz unmöglich. Der Vorredner hat darum ganz Recht: es kommt darauf an, vor dem Präsidenten, ob vor materiell unabhängigen oder abhängigen Männern. Diese Herren aber waren jedenfalls materiell vollständig unabhängig, und wenn Herr v. Kampf wirklich Neuverfügungen gehabt hat, die über die Grenzen dessen, was er vorsichtiger Weise hätte thun sollen, hinausgingen, so ist nicht entfernt daran zu denken, daß das eine Beeinflussung der Herren vorhergerufen habe. Denn das werden Sie mir zugeben, und auf diesen Satz lege ich das Hauptgewicht, während ich das Bild, das mich Jahre hindurch an der Spitze der Gardemänner und Schulen als Hasen jagen läßt, mir als Ornament gefallen lassen kann, das jeder nach seinem Geschmack wünscht. Niemals ist es der Regierung in Preußen, so lange eine Verfassung besteht, eingefallen, einen Wahlkreis in materieller Weise entgegen zu lassen, wo er vielleicht in den Augen der Regierung gefehlt hat. (Lebhafte Widerrede.) Diese trüffeligen Ansichten konstitutioneller Verwaltungswillkür sind hier nicht vorgetragen und werden, so Gott will, niemals eintreten.

Abg. Tiedemann: Aus dem Berichte der Abtheilung geht hervor, daß die Wahlen für gültig erklärt werden müssen. Die Beschwerde stützt sich auf drei Punkte. Sie behauptet, die Wahlen seien seitens der Regierung in Köslin beeinflusst, ferner habe der Regierungspräsident v. Kampf Herrn v. Gottberg zum Rücktritt von seiner Candidatur zu bewegen gesucht und endlich durch die angeführte Neuverfügung die Wahlen entschieden beeinflusst. Was den ersten Punkt betrifft, so wird sich das Haus, da er ganz unbegründet ausgesprochen ist, darum eben so wenig kümmern, als um den Protest des Herrn von Thokarz. Dann habe ich wohl schon etwas von der Beeinflussung der Wähler und Wahlmänner gehört, aber noch nie etwas von der Beeinflussung des Wahlkandidaten, die man vielleicht bei jeder Wahl nachweisen könnte, wenn man Lust hätte. Es kommt also darauf an, wie die Neuverfügung des Herrn v. Kampf aufzufassen ist. Wäre die Neuverfügung in einer öffentlichen Versammlung, ja nur in einem öffentlichen Locale geschehen, so

hat er schließlich den Abtheilungsantrag empfohlen, trotzdem man nach seinen Ausführungen erwarten konnte, er würde die Ungültigkeitserklärung beantragen. Ich kann mich zu einer Beanstandung der Wahl nicht entschließen. Sie muß für gültig oder ungültig erklärt werden. Letzteres könnte nur geschehen, wenn wirklich vor einer beeinflussten Wählerversammlung eine derartige Drohung ausgesprochen wäre, und wenn man annehmen könnte, daß Herr v. Kampf sich in voller Übereinstimmung mit den Intentionen der königl. Staatsregierung befände; das ist aber, wie bei anderen höheren Staatsbeamten, so auch bei Herrn v. Kampf nicht der Fall und ich möchte nicht annehmen, daß er spezielle Instruktionen von seinem Chef erhalten habe. Andere Neuverfügungen als die eine sind nicht angeführt, eben so wenig läßt sich eine Amtlichkeit der Neuverfügung beweisen, und man kann von einer Beeinflussung des Herrn v. Gottberg kaum reden, da an ihm schon alle Linien der Maßregelung erschöpft sind. Ich bitte Sie, den Antrag des Abg. Tiedemann anzunehmen.

Abg. Windhorst (Meppen): Ich muß mich für den Antrag der Abtheilung erklären. Der Minister des Innern hat gesagt, man könne den Beamten in der Zeit der Wahlbewegung nicht den Mund verbieten: ich bin ganz seiner Ansicht, die Beamten sollen aber unparteiisch sein und nur die Grundzüge der Regierung darlegen, aber den Wahler überlassen, ob sie dieselben anerkennen wollen oder nicht. Aber die Regierungsgewalt gegen anders Stimme anzuwenden oder mit deren Anwendung zu drohen, geht über jede Befugnis hinaus. Wenn Herr v. Kampf die betreffenden Worte auch nur bei Kaffee und Cigarre geaprochen, müßte er zu Verantwortung gezogen werden. Wenn ich Mitglied der Regierung wäre, unter deren Regierung so etwas behauptet wird, so würde ich es für die äußerste Beleidigung halten. (Beifall.) Ich freue mich, daß der Minister klar und unumwunden ausgesprochen, es wäre in Preußen nie der Fall gewesen und würde auch nicht vorkommen, daß man Kreise wegen ihrer Wahlen materiell zurückstelle. Wenn Herr v. Kampf die betreffenden Worte auch nur so etwas aber nicht blos sagen, sondern auch die Beamten danach anweisen. Wir sollen nun über die Wahlen ein genaues Bild bekommen und als Geschworene urteilen, ob sie die Abtheilung mit Recht genehmigte Informationen verlangt. Die Thatfachen haben keineswegs in dem fraglichen Kreise allein gewirkt; betrachten Sie doch die Haltung des anerkannten offiziellen Regierungsbüros, der „Provinzial-Correspondenz“ gegenüber der conservativen Partei. Ich war darüber gar nicht zweifelhaft, daß nach den Erklärungen des Herrn

Rechtigungsscheines zum einjährigen freiwilligen Dienst seitens der Behörden. J. J. J. T. T.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Mein Antrag unterscheidet sich von dem Antrage Windhorst einmal dadurch, daß ich vor Alem für die landwirtschaftlichen Anstalten die Aufstellung des Normalplanes wünsche, sodann, daß ich gegen die Überweisung dieser Lehranstalten an das Rektorat des Unterrichtsministers bin. Mir scheint, man will mit dieser allmäßigen Bescheinigung und Abiebung bestimmter Verwaltungswege des landwirtschaftlichen Ministeriums in ähnlicher Weise verfahren, wie jener Mann, der seinem Hunde nach und nach in kleinen Stücken die Ohren abschnitt, in der Meinung, die Operation weniger schmerhaft zu machen.

Handelsminister Achenbach: Das Verwirrtheit, die hier vorliegende Frage zu regeln, wird von der Regierung in keiner Weise verkannt. Ich kann constatiren, daß man seitens des landwirtschaftlichen Ministeriums fortgesetzt bemüht gewesen ist, für die mittleren landwirtschaftlichen Lehranstalten diejenigen Privilegien bezüglich des Militärwesens herbeizuführen, welche die hier gestellten Anträge im Auge haben. Es liegt in dieser Hinsicht keinerlei Unterlassungsstünde seitens der Verwaltung vor und dieselbe wird ihre Bestrebungen fortsetzen, auch ohne daß die vorliegenden Anträge angenommen werden. Einem Punkte aber in dem Antrag Windhorst kann ich in keiner Weise zustimmen, das ist das Verlangen, diese Anstalten dem Cultusministerium zu überweisen. Wir besitzen eine große Anzahl von Schulen, welche innerhalb des Reichsstaates, das ich zu leiten die Ehre habe, wie beispielsweise die Navigations-, die Bergwerkschulen, die vorzugsweise diejenigen Fächer cultivieren, welche den speziellen Lebensberuf ihrer Schüler bilden sollen. Dagegen haben andere dieser Lehranstalten neben der besonderen Fachbildung auch die allgemeine Bildung in Betracht gezogen. Hierzu ist man gewungen worden durch einen tatsächlich bestehenden Mangel in unserem Unterrichtswezen. Wir besitzen Schulen, die in der Regel für höhere Ziele bestimmt sind, als die große Mehrzahl der Bevölkerung zu ihrem Lebensberuf zu erreichen nötig hat.

Die Folge davon ist, daß ein großer Bruchtheil der Bevölkerung diese Schulen nur in den untersten Klassen besucht und so eine höchst lückenhafte brüderliche Ausbildung erhält. Um diesen Mangel wenigstens einigermaßen aufzuheben, ist man dazu übergegangen, in den Lehrplan der Mittelschulen diese allgemeine Bildung aufzunehmen. Wir müssen freilich constatiren, daß eine fertig gestellte abgeschlossene Gestaltung unserer Mittelschulen noch keineswegs existirt und daß daher die Existenz solcher Fachschulen, wie sie vorhin bezeichnet sind, nothwendig bleibt. Nun liegt es in der Natur der Sache, daß der einzelne Rektor-Chef, der die Fachschulen unter sich hat, mit viel größerer Energie und Vorliebe für die Fortbildung und Weiterentwicklung seiner Fachschulen thätig sein wird, als das Cultusministerium, das die allgemeine Unterrichtsverwaltung zu leiten hat. Ich kann es daher nur richtig halten, die Frage, wie die Akademie-Schulen gefördert und entwickelt werden sollen, nicht in der vorgeschlagenen Weise lösen zu wollen, sondern die Lösung bis zu dem Zeitpunkte zu vertagen, wo wir wissen, wie der allgemeine Unterricht eingerichtet sein wird.

Abg. Hundt v. Hassenbeck befürwortet den Antrag Schorlemer, besonders in Rücksicht auf die Provinz Posen, die als eine rein ackerbauende Provinz in Bezug auf landwirtschaftliche Lehrinstitute in hohem Grade verhältnißig sei.

Abg. Dr. Löwe kann der Ansicht des Handelsministers nicht zustimmen, daß diese Anstalten durch Überweisung an das Unterrichtsministerium nicht gefördert würden. Wenn wir ein reines Unterrichtsministerium hätten, das einerseits die Kirche links und andererseits die Medizin rechts liegen ließe, so könnte die Überweisung aller Unterrichtsanstalten an ein solches Ministerium nur von den wohltätigsten Folgen sein. Ich muß noch heute bei der Ansicht verharren, die ich bereits im Reichstage vertrat, daß Anstalten, in denen Fach- und Naturwissenschaften getrieben werden, ohne die allgemeine Vorbildung, wenn sie das Priviliegum des Einjährigendienstes erhalten, zu dem Mangel einer gewöhnlichen Einjährigenpreise herabgedrückt werden würden.

Die Anträge Windhorst und v. Schorlemer-Alst werden an die Unterrichts-Commission verwiesen; d. B. 17 wird genehmigt.

Die Tit. 1—9 des Cap. 108 (Thierarzneischulen) hat Abg. Birchow beantragt an die Budget-Commission zu verweisen und dieselbe zu beauftragen, zugleich über folgenden Antrag Bericht zu erstatte: die Staatsregierung aufzufordern, die Thierarzneischule in Hannover im Verhältniß zu der Thierarzneischule in Berlin weiter auszubilden und ausgiebiger auszustatten.

Abg. Birchow: Nicht nur ich bin der Meinung, daß die Thierarzneischule in Hannover aufgebessert werden müsse, sondern von dem dortigen Lehrercollegium selbst ist schon mehrfach darauf gedrungen worden, indem man befürchtete, die Regierung beabsichtige die gänzliche Beseitigung der fraglichen Schule. Es ist ja erklärlich, daß die Berliner Thierarzneischule eine gewisse Bevorzugung Seitens der Regierung erfährt, infowieweit dieselbe möglichst gute Kräfte in ihre Nähe zu bringen sucht. Besonders wichtig ist dies für die Regierung darum, weil auch nicht ein sachverständiger Rath im Landwirtschaftsministerium vorhanden ist, so daß es seitdem das Bestreben ist, durch das Cultusministerium zu erreichen, daß ein sachverständiger Rath in die höchste Verwaltung komme, und daß nicht ein beliebiger Rath plötzlich hereinschneie, der auf einmal als höchste Instanz entscheidet, und die Sache so zu jagen verarbeitet. In dieser Hinsicht finde ich eine Beschwerde des Lehrercollegiums zu Hannover völlig gerechtfertigt. Ferner besteht ein arges Mißverhältniß in der dürfsten Ausstattung der hannoverschen Schule. Die geringeren Befoldungen der dortigen Lehrer hat man mit der geringeren Frequenz der Schule zu rechtfertigen.

Allein man darf nicht übersehen, daß die Zahl der Civileleven in Hannover bedeutender ist als die in Berlin, indem letzteres nur durch die Militäreleven prävalirt. Ferner ist in Hannover ein derartiger Mangel an Lehrern, daß einzelne dereliefen geradezu übermäßig angestrengt werden; so zum Beispiel ist nur ein einziger Lehrer für das gesamme ungeheure Gebiet der Naturwissenschaften vorhanden; ähnlich verhält es sich mit anderen Gebieten. Daß da etwas Gediegene geleistet werden und der Lehrer sich gleichzeitig auf der Höhe der Wissenschaft halten kann ist unmöglich. Dabei sind die Thierarzneischulen die einzigen Anstalten, durch welche das Veterinärwesen vorwärts gebracht werden kann; allein diese Aufgabe scheint das Ministerium ganz verlassen zu haben. Eben so gering ist der Aufwand für Lehrmittel; es genügt der Hinweis, daß für beide Schulen zusammen im Ganzen 750 Thlr. darauf verwendet werden. Unter dem 29. October nun ist ein neues Regulativ für Prüfung der Departements-Thierärzte erschienen, das, bestäufig bemerkt, seltamer Weise nicht vom Minister Graf von Königsmarck sondern von Herrn von Schellwitz gezeichnet ist. Dasselbe wird von einem bairischen Fachblatte ein unzulängliches Bruchstück genannt, das ohne jeden fachmännischen Beifall aufgestellt zu sein scheint an Berlin das Monopol ertheile, die einzige Prüfungsstelle zu sein. Es befindet sich ferner in dem Regulativ die unglückliche Bestimmung, daß jeder, der die Prüfung als Departements-Thierarzt machen wolle, vorher 1 Jahr an einer preußischen Thierarzneischule als Repetent beschäftigt gewesen sein müsse, zu welchem Zweck er sich Urlaub erbitten müsse, der aber aus wichtigen Interessen des Veterinärwesens verweigert werden könnte.

Warum soll sich der Candidat grade an einer preußischen Schule aufhalten und nicht auch an einer ausländischen und warum nicht an einer Universität? Ferner erhält der Thierarzt für diese Zeit nicht die geringste Entschädigung, so daß sich die Regierung auf diese Weise ein Lehrpersonal schafft, das sie nicht das Geringste kostet. Eine weitere Beschwerde betrifft die Zusammensetzung der Prüfungskommission, da nämlich die Berliner Anstalt ganz ungerechtfertigter Maßen bevorzugt wurde, während es doch angezeigt erscheine, die Commission aus Lehrern beider Anstalten zusammenzutun. Wir sehen, daß die Schule in Hannover dringend einer Neuorganisation bedarf. Sollte es mit zu großen Kosten verknüpft sein, tüchtige Lehrkräfte herbeizuziehen und ausreichende Lehrmittel anzuwenden, so würde man daran denken müssen, die Thierarzneischule mit einer anderen Anstalt zu verbinden, indem man sie entweder dem Polytechnicum zu Hannover einverleibt, oder nach Göttingen verlegt und mit der dortigen Universität verbindet. Alle diese Fragen bedürfen der reiflichen Erwägung, darum empfiehle ich Ihnen die Verweisung der fraglichen Titel an die Budget-Commission.

Regierungs-Commissar Marcard. Die Vorwürfe des Herrn Vorredners sind zum größten Theil unbegründet. Das Landwirtschafts-Ministerium ist sich stets der doppelten Aufgabe bewußt gewesen, einmal tüchtige Thierärzte heranzubilden und zweitens durch wissenschaftliche Fortbildung das Veterinärwesen vorwärts zu bringen. In Bezug auf letzteres wird ein Hinblick auf die letzten 20 Jahre genügen, um zu erkennen, was die deutschen und speziell die preußischen Anstalten geleistet haben. Um nun auf die Sache näher einzugehen, so bemerke ich, daß auf eine Beschwerde des Lehrercollegiums zu Hannover vom Juli der Herr Landwirtschafts-Minister auf das Sorgfältigste erwogen hat, ob auch die Erhaltung beider Schulen nothwendig sei, und daß er schließlich zu dem Resultat gekommen ist, es liege entschieden im Interesse der Wissenschaft, wenn zwei Schulen vorhanden wären, die sich gegenseitig Concurriren möchten.

Auch das Verlangen, die Anstalt zu Hannover mit den nötigen Mitteln auszustatten, theilt der Herr Minister, nur soll dies planmäßig geschehen, und deshalb ist das Directorium aufgefordert worden, einen Plan für die fünfjährige Organisation der Schule vorzulegen. Sobald dieser genau geprüft ist,

wird man nicht länger zögern, mit einem großen Organisationsgeley vorzutreten. Was nun das erwähnte Regulativ betrifft, so ist darin die Berliner Thierarzneischule durchaus nicht bevorzugt; vielmehr wird die Zusammensetzung der Prüfungskommission dem Herrn Minister vorbehalten, und derselbe ist stets darauf bedacht gewesen, auch das hannoversche Lehrpersonal mit in dieselbe hineinzuziehen. Was die formelle Seite der Angelegenheit betrifft, so ist das Regulativ von dem Herrn Grafen Königsmarck ausgefertigt und nur die Ausführung einem andern überlassen worden. Wenn man nun daran Anstoß nimmt, daß diejenigen Thierärzte, welche das Examen als Deaartements-Thierärzte machen wollen, sich ein Jahr als Praktikanten an einer preußischen Thierarzneischule aufhalten sollen, so vergegne man nicht, daß man darin ja nur eine Garantie dafür sieht, daß auch wirklich nur tüchtige und wissenschaftlich befähigte Männer zur Prüfung zugelassen werden sollen. Wenn der Betreffende dann zufällig Kreis-Thierarzt ist, so muß er doch natürlich um Urlaub einkommen, und daß dasselbe ihm zeitweise wegen wichtiger öffentlicher Interessen verweigert werden kann, ist doch auch selbstverständlich. Ich glaube m. H., damit nachgewiesen zu haben, daß die Vorwürfe des Herrn Vorredners im Wesentlichen unbegründet waren.

Abg. Laporte constatirt, daß die von Herrn Dr. Birchow angeführten Missstände in Hannover, das er hier zu vertreten habe, sehr lebhaft gefühlt wurden, so daß man sogar der Meinung gewesen sei, man wolle die dortige Thierarzneischule auf den Aussterb-Stat bringen. Es mangelt an den nötigsten Requisiten zur Förderung der Anstalt, so daß dieselbe wirklich, wie früher einmal Herr Dr. Birchow sagte, in Gefahr sei, nur mehr eine Schule für Hufschmiede und Rosärzte untersten Ranges zu werden. Einzelne Fächer, wie das für Phatologie und Therapie seien schon lange verwaist und trok mehrfacher Aufforderung habe sie die Regierung noch immer nicht befreit. Auch von politischen Standpunkten sei dieses Verfahren zu beklagen, insfern es dadurch den Freunden der Regierung schwer werde, Anhänger in der Bevölkerung zu gewinnen.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden ist, stimmt das Haus dem Antrag Birchow zu.

Abg. Dr. Löwe macht anlässlich der Befoldungen der vom Staate bestellten Thierärzte im Anschluß an Birchow's Neuordnungen auf die große Lücke im landwirtschaftlichen Ministerium aufmerksam, daß kein sachverständiges, aus dem Veterinärwesen hervorgegangenes Mitglied für dies Decennat bestellt und entweder ein solches sich aufnehmen, oder den Mangel desselben durch eine Commission erzeigen müßte, wie es in verschiedenen Staaten geschieht.

Geheimrat Marcard bemerkt darauf, daß das Unterrichtsministerium sich dem Veterinärwesen gegenüber in derselben Lage befinden würde, wie das landwirtschaftliche. Sachverständiger Rath wurde immer eingeholt, wenn er gebraucht werde. Abg. Birchow scheint nicht ganz frei von Zweifel darüber zu sein, ob jederzeit die wahre Einsicht vorhanden ist, um das Bedürfnis, guten Rath einzubolen, zu erkennen, ihn an der richtigen Stelle zu suchen und wenn er gefunden ist, ihn auch zu begleiten. Das Vorhandensein und die Bedeutung des inneren Zusammenhangs zwischen der medicinischen und der Thierarzneiwissenschaft müsse besser gewürdigt werden, als bisher geschehen ist.

Der Rest des Staats des landwirtschaftlichen Ministeriums, sowie des der Geisterverwaltung wird unverändert genehmigt.

Schluß 4 Uhr. Nachte Sitzung Mittwoch 11 Uhr (3. Lesung des Antrags Bernards, betreffend den Zeitungstempel, Antrag Schröder, betreffend die Diäten für Mitglieder des Reichstages, Anträge Reichensperger und v. Mallinckrodt, betreffend die Kirchengesetze.

Berlin, 9. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimer Justiz- und Appellationsgerichtsrath v. Jysselstein zu Breslau den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Pfarrer Klein zu Flittard im Kreis Mühlheim den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Premier-Lieutenant Sommer im Invalidenhaus zu Berlin und dem Fabrik-Director Brochhaus zu Herlohn den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer und Küster Michael zu Dolzig im Kreise Sorau den Adler der Inhaber des Königlichen Haussordens von Hohenzollern; sowie dem Lieutenant zur See Barandon von der II. Matros-Division, dem Seconde-Lieutenant v. Lamelle im 4. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 51 und dem Rosarz Reinicke im Train-Bataillon Nr. 15 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben den Eisenbahn-Director Ernst Fleck zu Straßburg zum Geheimen Regierungsrath und vortrgenden Rath im Reichstag-Amt ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Staatsminister Grafen von Königsmarck unter gleicherlei Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat „Excellenz“ die nachgejagte Dienstentlassung ertheilt und den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Staatsminister Dr. Achenbach einführen mit der oberen Leitung des Ministeriums für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten beauftragt.

Se. Majestät der König hat dem Rechtsanwalt und Notar Dunker in Rinteln, dem Rechtsanwalt und Notar Mülner von Mühlheim in Rotenburg und dem Rechtsanwalt Kummel in Cassel den Charakter als Justizrath; sowie den Domänenpächtern Oberamtmann Otto Koppe zu Klenz und Oberamtmann Moritz Koppe zu Wollup den Charakter als Amtsrichter verliehen.

An der Realschule in Crefeld ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Albrecht Soldan zum Oberlehrer genehmigt worden. — Der bisherige königliche Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Heinrich Klöse in Münster ist zum königlichen Ober-Betriebs-Inspector ernannt und demselben die Stelle eines solchen bei der Westfälischen Eisenbahn derselbe verliehen worden. Der bisherige Werkstätten-Vorsteher Gustav Müller zu Arnsberg ist als königlicher Eisenbahn-Maschinemeister bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn derselbe angestellt worden. Der bisherige Maschinen-Ingenieur Oscar Köhler zu Witten ist als königlicher Eisenbahn-Maschinemeister bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn mit dem Wohnsitz in Essen angestellt worden.

Das dem Charles Gordon in London unter dem 16. September 1872 ertheilte Patent auf ein Verschlusstück an Hinterladungskanonen ist aufgehoben.

Berlin, 9. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] machten heute, wie gewöhnlich, eine Ausfahrt, empfingen hierauf den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Finanzminister Camphausen, und nahmen hierauf den Vortrag des Militär-Cabinets entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern im Wohlthätigkeitsverkauf für das Friedrichstift und für den Jungfrauen-Verein anwesend und besuchte das Kaiserin Augusta-Erziehungstift.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Höheiten] der Kronprinz und die Kronprinzessin besuchten gestern Vormittag 10 Uhr den Sachsen-Kunst-Salon. Um 1 Uhr empfing Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit in besonderer Audienz den Kaiserlich russischen Militär-Bevollmächtigten, General von Neutern, um von demselben die Gratulation Sr. Majestät des Kaisers von Russland zum St. Georgs-Ordensfeste entgegenzunehmen.

Heute Nachmittag 5 Uhr wird sich Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit in Begleitung des Hofmarschalls Grafen zu Eulenburg und des Majors von Unruhe vom Generalstabe der 4. Armee-Inspection zur Abhaltung von Hofftagen nach Springe bei Hannover begeben. Die Rückkehr derselben wird morgen Abend um 11 Uhr stattfinden.

(Reichsanzeiger.)

= Berlin, 9. Dec. [Beamtengesetz für Elsaß-Lothringen.]

— Das landwirtschaftliche Ministerium. — Die Anträge des Centrums. — Bismarck. Die Reihe der Gesetzesentwürfe, welche dem Bundesrath behufs Einführung in Elsaß-Lothringen zugegangen, hat jetzt eine Erweiterung durch den Entwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der Beamten in Elsaß-Lothringen erfahren, welcher soeben vorgelegt worden ist. Der Entwurf zerfällt in 8 Artikel, wovon Art. IV., der die Pensionsoberhältnisse umfaßt, 21, Art. V., welcher die Pensionen der Lehrer betrifft, 2 Paragraphen enthält. Nach Art. I. ist das Reichsbeamtengeley auch auf die Rechtsverhältnisse der Beamten in der Elsaß-Lothringischen Landesverfassung nur mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Ausdrücke Reichsdienst, Reichsfonds &c. für Elsaß-Lothringen abgeändert werden. Art. II. setzt fest, daß die Stellung der Beamten zur Disposition erfolgen kann 1) durch Kaiserliche Verfügung für den Oberpräsidenten, den Vicepräsidenten beim Oberpräsidium, den Director und den Oberregierungsrath bei der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern, den Bezirkspräsidenten und den bei demselben fungirenden Oberregierungsrath, den Landforstmeister,

den Oberschulmeister, für die Polizeidirectoren, Kreisdirectoren, Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Gerichten und den Kreisschul-Inspectoren. 2) Durch Verfügung des Oberpräsidenten für die Directoren der höheren Schulen und die Lehrer an öffentlichen niederen Schulen. Nach Art. VI. finden die Bestimmungen des Gesetzes keine Anwendung 1) auf die Lehrer der Universität Straßburg; 2) in Bezug auf Versetzung aus dem Amte, zeitweise Zurruhesezung, Disciplinarbestrafung und Zürdispositionstellung auf die richterlichen Beamten; 3) so weit sie mit dem besonderen Gesetz für die Gendarmerie im Widerspruch stehen, für die Gendarmerie; 4) auf Lehrer an öffentlichen Elementarschulen und Kleinkinderschulen; 5) in Bezug auf Pensionsbestimmungen gilt das Gesetz nicht für Mitglieder geistlicher Congregationen, welche Stellen im Staatsdienst oder öffentliche Lehrerstellen versehen. — Die kurze angefügte Begründung beschäftigt sich im Allgemeinen mit dem durch das Gesetz hergestellten milderen Disciplinarverfahren, als das in Frankreich übliche. Die Rechtsgleichheit zwischen sämmtlichen kaiserlichen Beamten und das Bestreben, tüchtigen Kräften den Dienst in den Reichslanden annehmbar zu machen, hat dazu geführt, den Grundlagen des Reichsgesetzes über das Disciplinarverfahren zu folgen. Zur raschen und kräftigen Handhabung der Disciplin glaubt die Begründung auf des Mittel der zur Dispositionstellung Gewicht legen zu müssen, da es hierdurch möglich ist, untrügliche und solche Kräfte zu besiegen, welche eine oppositionelle Richtung der deutschen Regierung gegenüber einschlagen möchten. Auch die Beurtheilung dieses Entwurfs wird so beschleunigt werden, daß sein Inkrafttreten vor dem 1. Januar erfolgen kann. — Die jetzt eingetretene Leitung des landwirtschaftlichen Ressorts durch den Handels-Minister Dr. Achenbach wird nur kurze Zeit währen. Die Frage der Berufung eines Nachfolgers des Grafen Königsmarck beschäftigt jetzt das Staatsministerium. Aus dem Rejort des landwirtschaftlichen Ministeriums werden überwiegend noch vor gelegte eine Fischereiordnung und zwar der vorjährige Entwurf unter Annahme der damals in der Commission beschlossenen Abänderung, ein Waldschutzgesetz und wahrscheinlich auch eine Jagdpolizei-Ordnung. In den Fractionen des Abgeordnetenhauses war man gegenüber dem Centrum vorgeschlagenen Resolution und Anträge um Aufhebung der Kirchengesetze einstimmig der Ansicht, durch Übergang zur einfachen Tagesordnung die Stellung des Hauses zu kennzeichnen, dagegen wird man die Einbringung des Antrages auf Tagesordnung jedenfalls verzögern, um der Regierung vollen Spielraum zu gönnen, sie über die Auffassung der Anträge auszusprechen. — Fürst Bismarck wird morgen in Berlin erwarten; seine Abfahrt, früher hier einzutreffen, wurde durch Krankheit seiner Gemahlin vereitelt.

[Die Spener'sche Zeitung] ist, wie die „Kreuzzug.“ hört, Mensch der freiconservativen Partei durch Herrn Rudolf Mosse, den Inhaber der bekannten Annalen-Expedition, angekauft worden.

Königsberg i. Pr., 6. December. [Regierungsvorführung.] Die hiesige Königl. Regierung verfügte nach Mittheilung der offiziellen „Pr. Litt. 3.“ auf das Gesuch eines hiesigen Lehrers, der ein Gehalt von 250 Thlr. bezieht, wie folgt: „Ew. Hoherherrwürden veranlassen wir hierdurch, dem dortigen Lehrer K. zu eröffnen, daß wir uns nicht veranlaßt sehen, seinem Unterstützungsgeleye vom 15. v. M. folge zu geben, da ein Gehalt von 250 Thlr. für einen jungen unverheiratheten Lehrer bei bescheidenen Ansprüchen als vollkommen ausreichend erachtet werden muß.“ Hoffentlich wird der Lehrer die Antwort nicht schuldig bleiben und die K. Regierung bitten, ihr Rechtempel „auzulösen.“

Danzig, 5. December. [Ungültige Ehe.] Es ist zur Kenntnis der Behörden gelangt, daß der „geperkte“ Vicar Semrau in Alt-Schottland ein Ehepaar aus Olyra getraut haben soll. Herr Oberpräsident v. Horn hat darauf verfügt, daß dieses Ehepaar polizeilich vorgeladen, über das Factum vernommen und darüber belehrt werden soll, daß eine von dem widergesetzlich angestellten Geistlichen vollzogene Ehe der bürgerlichen Gültigkeit ermangelte. Diese Vernehmung findet am 15. d. M. vor dem hiesigen ländlichen Polizeiamt statt.

Kiel, 8. December. [Der Kaiser] hat bestimmt, daß das schwedisch-holsteinische Husarenregiment Nr. 16 künftig den Namen führen soll: „Husaren-Regiment Kaiser Franz Joseph von Österreich König von Ungarn (Schwed

## Niederlande.

sind, entfallende französische Kriegscontributions-Rate ihre beste Verwendung dadurch finden würde, daß man ihr die Bestimmung gebe, damit das Papiergeleid eingehöre. Allein es scheint, wenigstens bezüglich Anhalts, der Contributions-Antheil nicht einmal hinzureichen, um den Überdruck zu decken, welcher über die fünftig reichsgleich zulässige Summe von einem Thaler auf den Kopf der Bevölkerung, also etwa 200,000 Thlr., hinausgeht. Wie fast überall, so hat man auch hier die Summe überschätzt, welche von den französischen Milliarden zur Vertheilung an die Einzelstaaten übrig bleiben würde; die auf Anhalt entfallende Rate wird die Summe von 600,000 Thlr. nicht erheblich übersteigen, so daß 150,000 Thlr. Papiergeleid noch immer ungedeckt bleiben würden. Bei den im Ganzen günstigen finanziellen Verhältnissen des Landes können keine Verlegenheiten entstehen, wenn die verhältnismäßig geringe Summe aus den Beständen der Staatschuldenfasse entzogen wird. Erfahrungsmäßig kommt auch ein erheblicher Procenttag des emittierten Papiergeleids nicht wieder zur Einlösung, da ein Theil im Laufe der Jahre immer verloren geht. Unter allen Umständen bleibt es ein großer Fortschritt, daß der leidige Papiergeleidswirtschaft im geeinten Deutschland ein Ende bereitet worden ist. (M. 3.)

+ Dresden, 8. December. [Annexionsgedanken. — Kath. Hofprediger und evang. Orthodoxen. — Landesversammlung zu den Reichstagswahlen. — Landtagsvertagung. Der Patriot. — Eine Verwechslung.] Vicepräsident Streit, ein durchaus gemäßigter Mann, gab gelegentlich der Verhandlungen über die Veröffentlichung des Unfehlbarkeitsdogma in Sachsen am 5. December bezüglich seines die Sicherung der staatlichen Hoheitsrechte über die kath. Kirche bezeichnenden und angenommenen Antrages, folgenden Bedenken und Ansichten Ausdruck: „So viel stehe fest, kein Staat in Deutschland werde sich der Theilnahme an dem allgemeinen Kulturmäpse gegen die römische Hierarchie ganz entziehen können. Er zweiste nicht, daß, wenn Sachsen in diesem Kampfe nicht bei Seiten feste Stellung nehme, es einer größeren Gefahr entgegensehe, als ihm auf irgend eine andere Weise drohe. Sollte wider alles Erwarten das deutsche Reich, zunächst die preußische Regierung, in dem Kampfe gegen die römische Hierarchie unterliegen, dann glaube er seien die Verhältnisse in Sachsen dazu angehant, daß man die traurigen Folgen doppelt und dreifach fühlen würde. Sollte aber der Sieg gegen die römische Hierarchie erfochten werden, wie er hoffe, und sollte Sachsen in dieser Frage nicht von vornherein eine feste, klare, unzweideutige Stellung genommen haben, dann sei die Gefahr einer Annexion viel größer, als sie je von einer Seite behauptet worden sei.“ Den erregten Verhandlungen ist bereits der Rücktritt des Hofpredigers Wahl von der Redaktion des „Katholischen Kirchen-Blattes“ zunächst für Sachsen, welches das Blatt selbst mittheilt, gefolgt. Freilich dürfen sich unsere Abgeordneten nicht schmeichelnd direct dieses Ergebnis erzielt zu haben, da darin nur der Ausdruck der Friedensliebe des Königs Albert gefunden werden darf, dem sich die ultramontanen Hofprediger freiwillig gebeuigt. Uebrigens thäte es Noth auch unsern evangelischen Orthodoxen wieder einmal in Erinnerung zu bringen, daß sie die Stellung Sachsen Preußen gegenüber beispielweise nicht mit Sammlungen für die abgesetzten renitenten hessischen Geistlichen gefährden, welche in diesem Augenblicke ihr Organ, „den Pilger aus Sachsen“ eingeleitet hat. — Für den 14. d. hat die freie Vereinigung liberaler sächsischer Landtagsabgeordneter eine Landesversammlung zur Vertheilung der Reichstagswahlen nach Dresden ausgeschrieben. Aufrufungen zur Theilnahme sind mit dem hier für die Monate December und Januar erscheinenden „Reichstagswähler“ durch das ganze Land ergangen. Die Weihnachtszeit erhielt indes außerordentlich die Wahlvorbereitungen; erst nach den Feiertagen dürfen dieselben einen bedeutenden Aufschwung nehmen. — Unsere Landtagsabgeordneten machen sich schon auf eine Vertagung des Landtages gefaßt, falls der Reichstag bereits zum Februar einberufen werden sollte. — Von der particularistisch-reactionären Zeitung „Der Patriot“ welche vor einigen Wochen viel von sich reden machte, will man wissen, daß sie schon zu Neujahr wieder eingehen wird. Ob dem Welfen-organ und, wie es heißt, Organe des bekannten Publicisten Constantin Franz, der „Reichszeitung“ in Leipzig, eine viel längere Lebenszeit beschieden sein wird, steht auch noch dahin. — Viel wird der Umstand besprochen, daß das von dem talentvollen Bildhauer Hulzsch hier selbst modellirte Standbild Albrecht des Beherzten, des Stammvaters der Albertinischen Linie, von den Numismatikern Gebrüdern Erbstein als verfehlt, weil den Kurfürsten Johann den Beständigen darstellend, bezeichnet worden ist. Den Künstler trifft kein Vorwurf, da ihm das Bildnis als wahrheitsgetreu zugestellt wurde. Das für die Albrechtsburg in Meißen bestimmte Standbild muß nun natürlich umgebildet werden.

## Frankreich.

Paris, 7. Decbr. [Zum Proces Bazaine] schreibt man der „A. 3.“: Heute ist der Jahrestag, wo am 7. December 1815 der Marschall Ney im Graben des Luxembourg erschossen wurde. Wieviel ist darüber geschrieben worden; und was haben die Franzosen daraus gelernt? Nichts, ja, von dem blinden Parteigetriebe, das in Frankreich nach und nach Alles zerragt, was mit Politik in Berührung kommt, liefert gerade der Proces Bazaine wiederum den schlagenden Beweis. Die Sache ist so arg geworden, daß heute die Correspondenz Havas schreibt: „Man kann sich kaum einen Begriff machen, mit welcher Heftigkeit und Leidenschaft die republikanischen Blätter sich des Proceses Bazaine bemächtigt haben, um politisches Capital daraus zu schlagen. Hauptfächlich thut sich der „Siccle“, das „Evenement“ und die „République Française“ hervor, die ganz und gar zu vergessen scheinen, daß nach unsern Rechtsbegriffen ein Angeklagter vor seiner Verurtheilung immer als unschuldig zu betrachten ist. Die legitimistischen Blätter wagen nicht offen Partei für Bazaine zu nehmen, benutzen jedoch die Ausfälle des Generals Pourcet zu Gunsten Gambetta's, um auf die Lächerlichkeit des Gebahrens desselben hinzuweisen. Die bonapartistischen Blätter, das „Pays“ an der Spitze, sind empört über das Requisitorium Pourcets und verlangen einstimmig, daß man aller Welt den Proces machen solle, die nur irgendwie einen Einfluß auf die traurigen Ereignisse der Kriegsjahre 1870 und 1871 gehabt hätten.“ „Siccle“ feiert heute wieder den Bericht des Generals Serré de Rivières als „lichtvoll“ und das Requisitorium des Generals Pourcet als „so fest und so ruhig“. Pourcet hat sich dem Kaiser der Linken, wie „Siccle“ ganz unumwunden bekannt, dadurch empfohlen, daß er dem 4. September keine Injurie in's Angesicht geschieleutert, daß er die Verdienste der Delegation von Tours nicht angezweifelt und daß er die Anklage ohne Zaudern und Schwäche erhoben und sich wie ein Mann benommen habe; seine Darlegung habe sofort die Discussion auf das richtige Feld gebracht u. s. w., kurz, wer kein Bewunderer Pourcet's, der ist in den Augen dieser Republikaner sofort auch kein guter Franzose. Die „République Française“, die den Mund gern voll nimmt, ruhmt von Pourcet, „er habe seine Pflicht mit Festigkeit und Hochherzigkeit getübt und das Geheimniß seiner Beredsamkeit beruhig in der Erregung seines Herzens als Soldat und Franzose.“ Von Unparteilichkeit ist keine Rede, im Gegenteil wird geradezu der theatralische Effect hervorgehoben, den dieser Proces auf Europa machen soll: wie die Generale Rivières und Pourcet bewiesen, habe die französische Armee bei dieser feierlichen Gelegenheit gezeigt, daß sie auch Männer von Pflicht und Talent in ihren Reihen habe, „die hinter Niemandem in Europa in Bezug auf Wissen und Ehre zurückstehen.“

Amsterdam, 5. December. [Die alljährlichen Angriffe auf die neutrale Schule] sind auch bei der diesjährigen Berathschlagung des Budgets des Ministeriums des Innern — unter dasselbe ressortiren die Unterrichtsangelegenheiten — nicht ausgeblieben. Als Vorführer der Ultramontanen schreibt man der „A. 3.“, schlendernd Herr van Nispen eine furchtbare Last von Beschuldigungen gegen alle Schulen, soweit sie nämlich Staats- oder Gemeindeschulen sind. Der Unterricht und die Lehrer seien atheistisch; die Jugend werde zur Unstättlichkeit erzogen; die Darwin'sche Theorie sei Unstimm; die Wissenschaft, welche nicht lehrt, was die Kirche lehrt, sei keine Wissenschaft. Herr van Nispen verlangte im Namen aller positiven Christen Veränderung dieses Zustandes. Schlagnag wurde Herrn van Nispen von den Vertheidigern der neutralen Schule bewiesen, daß all seine Beschuldigungen sich auf leere Gerüchte stützen; keine derselben beruhe auf Thatachen, trotzdem man ihn schon bei seinen früher geäußerten Klagen aufgefordert habe, Beweise für seine Behauptungen zu liefern. Was sollte aus der Wissenschaft werden, wenn z. B. die Darwin'sche Theorie das Gutachten oder die Sanction aller Kammern jedes Staates erlangen müßte? Wie müßte die Wissenschaft zu Grabe getragen werden, wenn sie unter die Herrschaft des Syllabus käme? Schon die Frage, was Herr van Nispen unter positivem Christen verstehe, konnte er nicht genügend beantworten. Von der Geschichte Galiläus, die ihm vorgehalten wurde, erklärte er, daß sie unrichtig dargestellt werde. Aber schließlich wußte Herr van Nispen den Vertheidigern der Schule nicht viel zu erwidern. Es ist den Clericalen ja eigentlich nicht um die neutrale Schule zu thun, sondern um die Wissenschaft, die in derselben gelehrt wird. Sie fühlen sich im Widerspruch mit derselben, darum soll das Volk verdunnt werden, damit der Clerus es als willenloses Werkzeug gebrauchen kann. Leute, die nicht zu den „positiven Christen“ des Herrn van Nispen, mit anderen Worten zu den Ultramontanen und ihren Bundesgenossen, gehören, haben keine Rechte, denn sie sind Materialisten, Atheisten u. s. w. — Diese clericalen Angriffe kehren jährlich mit wachsender Heftigkeit zurück.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachrichten begnügen müssen. So handeln die liberalen Holländer. Die indische Presse ist darüber sehr erbst.

[Aus Penang] wird telegraphirt, daß 70,000 Aschinen zur Vertheidigung bereit sind und sich verschanzt haben. Ein Regierungs-telegramm sagt, daß die Niederländer die Insel Pulo-Nassi, in der Bay von Aischin, am 28. November ohne Widerstand genommen und zum Hospital eingerichtet haben, da die Cholera auf den Schiffen ausgebrochen ist. Der Oberbefehlshaber hat vor Abgang der Expedition die Offiziere und Soldaten ermahnt, keine Berichte an die Presse gelangen zu lassen. Dieses wird sich also mit den offiziellen Regierungsnachricht

